

Deutschland zahlt keine Tribute mehr

Das entschiedene Nein des Reichskanzlers — Aufhorchen in der ganzen Welt

Berlin, 10. Januar. Am Sonnabendabend hat Reichskanzler Dr. Brüning dem Chefredakteur des halbamtlichen Wolffschen Telegraphenbüros eine aufsehenerregende programmatische Erklärung gegen weitere Tributzahlungen abgegeben. Die entscheidenden Sätze der Erklärung des Reichskanzlers haben folgenden Wortlaut:

„Es liegt klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischer Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Ueberlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung trügen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.“

Einzelheiten der Erklärung.

In Berlin wurde gestern die Liste der deutschen Delegation für die Konferenz von Lausanne bekanntgegeben. Sie wird aus dem Kanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Reichswirtschaftsminister und dem Staatssekretär v. Bülow bestehen. Dazu kommen die zuständigen Sachbearbeiter der beteiligten Reichsstellen.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung dieser Liste empfing Reichskanzler Dr. Brüning gestern den Chefredakteur des Wolffbüros. Dieser wies darauf hin, daß diese amtliche Nachricht die deutsche Öffentlichkeit natürlich sehr interessiere, und fragte, welche Gesichtspunkte bei der Zusammensetzung der Delegation beachtet worden seien. Der Reichskanzler betonte einleitend, daß der bevorstehenden Reparationskonferenz in Lausanne eine sehr große Bedeutung zukomme. Er habe es daher nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichskanzler, dem nach der Verfassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zufalle, für seine Pflicht gehalten, trotz der Fülle seiner sonstigen Amtsgeschäfte die Führung der Delegation selbst zu übernehmen. Außerdem würden die zuständigen Ressortminister, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich und Reichswirtschaftsminister Warmbold, teilnehmen. In seiner Begleitung werde sich Staatssekretär v. Bülow befinden, da auf einer außenpolitisch so bedeutsamen Konferenz naturgemäß auch das Auswärtige Amt als solches maßgeblich vertreten sein müsse. Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswehr- und Reichsinnenministers Dr. Groener stehen.

In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich ansah, die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Auslande zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Plenum des Reichstages eine völlige Unmöglichkeit.

Der Chefredakteur fügte hinzu, daß für diese Haltung der Reichsregierung bei dem größten Teil der deutschen politischen Öffentlichkeit nach seiner Auffassung durchaus Verständnis vorhanden sei. Wenn da und dort noch Zweifel vorhanden seien, so beruhten sie im wesentlichen darauf, daß die Haltung der Reichsregierung und der deutschen Delegation in Lausanne noch nicht genügend klar umrissen und in der Öffentlichkeit bekannt sei.

Dr. Brüning unterdrückte sein Ersauern über diese Frage nicht und betonte, daß irgend ein Zweifel an der Haltung der deutschen Delegation in Lausanne doch nicht gut möglich sei. Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Verlautbarungen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Äußerungen anlässlich des Neujahrsfestes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte.

Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Baseler Sachverständigen zu ziehen.

Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt bis an die äußerste Grenze gehende Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erkenne von ihnen an, daß sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel dastünden. Zugleich beweihe der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr

die Lage Deutschlands, die in weitem Maße Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei, gebieterisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln, fordere.

Dafür, wozu die Entschliessungen der Regierungen gehen müßten, gäbe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welschem engem ursächlichen Zusammenhang gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen seinerzeit die Verfasser des Youngplanes ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Reichskanzler, sei im Grunde alles gesagt. Dann gab Dr. Brüning die eben wiedergegebene Erklärung ab.

Abschließend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in keinem Lager mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden und, wie der Sachverständigenbericht sage, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen lassen.

Der englische Botschafter bei Brüning.

London, 10. Januar. Unter der Ueberschrift „Deutschlands Ultimatum“ veröffentlichte gestern der „Star“ ein Reuters Telegramm aus Berlin über einen Besuch des englischen Botschafters bei Brüning. Hierbei verständigte der Kanzler den englischen Botschafter davon, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könne, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder belebt werden solle.

Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die vollständige Streichung der Repa-

rationen eintreten. Das deutsche wirtschaftliche Leben stehe jetzt am Rande des vollständigen Zusammenbruchs.

Der erste Widerhall im Auslande.

Durchweg gänztige Aufnahme in England.

London, 10. Januar. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland jetzt und in der Zukunft keine Tribute mehr zahlen könne, hat in der englischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Die Ueberschriften der Zeitungen sprechen von der „Neuen Bombe“, „Reparationsalarm“ usw. Es finden sich auch einige kritische Bemerkungen über die offene Art, wie die deutsche Forderung vorgebracht worden ist.

Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ sagt, natürlich mache die Mitteilung, die das wichtigste diplomatische Ereignis in der Reparationsfrage seit dem Hoover-Memorandum sei, einen tiefen Eindruck auf die amtlichen englischen Kreise. Die vollständige Streichung aller Schulden sei stets die Politik Englands gewesen. Frankreich und Amerika hätten jedoch den englischen Standpunkt nicht voll verstanden. Die Ereignisse aber nähmen ein schnelleres Tempo an, das durch den deutschen Schritt noch beinflusst werde. An anderer Stelle heißt es im „Observer“:

„Das Brüning-Erklärung ein Akt geschickter Staatskunst sei, der aber viele Gefahren in sich trage.

Innerpolitische Rücksichten hätten bei seinem Entschluß eine große Rolle gespielt. Der Kanzler glaube aber, daß sich seine Stellung auf der Lausanner Konferenz hierdurch wesentlich gestärkt habe.

„Sunday-Times“ will nicht an die französische Drohung glauben, an der Lausanner Konferenz überhaupt nicht teilnehmen zu wollen. Der gesunde Menschenverstand werde in diesem Falle schon siegen. Man könne allgemein darin überein sein, daß Deutschland keine Tribute mehr zahlen könne, wenn man auch noch nicht genau wisse, was jetzt geschehen werde. England wisse, daß das Verwerfen der Tribute und Kriegsschulden das größte Hindernis für eine wirtschaftliche Wiedergeburt sei.

Gute Grundlagen für Deutschlands Forderung

Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands einen wichtigen Markstein bilden. Der deutsche Reichskanzler hat, wie wir in heutiger Beilage mitteilen, in aller Eindeutigkeit sowohl gegenüber den Botschaftern der auswärtigen Großmächte als auch durch eine Äußerung gegenüber der Presse vor der gesamten Weltöffentlichkeit erklärt, daß Deutschland, wenn es in einigen Tagen zur Konferenz von Lausanne gehe, dieses tun werde mit dem Bewusstsein, daß es weitere Tributzahlungen tatsächlich nicht leisten könne.

Ganz Deutschland steht in diesem Augenblick hinter seinem Reichskanzler und das Ausland horcht auf. Das Echo aus England ist durchaus freundlich, wenn auch Frankreich selbstverständlich den Entrüsteten spielt.

Das ganze deutsche Volk hinter dem Nein des Reichskanzlers!

Gotha, 11. Januar. Der Gau Thüringen des Stahlhelms hielt in Gotha eine Führertagung ab, auf der der Bundesführer Düstberg eine Ansprache hielt. Der Reichskanzler, so sagte er unter anderem, habe das ausgesprochen, was das ganze deutsche Volk empfinde. Hinter dieses Nein des Reichskanzlers müsse sich das gesamte deutsche Volk stellen.

Weitere englische Stimmen.

London, 11. Januar. Die gesamte Londoner Presse widmet der Tributfrage lange Leitartikel, die fast durchweg auf den Grundton abgestimmt sind.

Daß die Forderung des Reichskanzlers auf Einstellung der Tributzahlungen sachlich gut begründet sei.

Die „Times“ betont, daß die Erklärung Brünings die deutsche Haltung ganz klar mache, ohne daß hierdurch die Abhaltung der Lausanner Konferenz in Zweifel gestellt sei. Deutschland werde in Lausanne erklären, daß es jetzt und in Zukunft keine Tribute zahlen könne. Das Reich werde auf die verheerenden Rückwirkungen der Tribute auf den Weltmarkt hinweisen und sich auf den Standpunkt stellen, daß von deutscher Seite übermenschliche Anstrengungen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten gemacht worden seien und daß Deutschland an der Grenze des Menschenmöglichen sei. Schließlich werde Deutschland die anderen Regierun-

gen ersuchen, den tatsächlichen Rechnung zu tragen, um zu einer endgültigen Lösung zu kommen. Die „Times“ wendet sich gegen die Ausregung in Paris und gegen die französische Idee, die Lausanner Konferenz absagen zu wollen. Welche Form die in Lausanne getroffenen Abmachungen haben würden und auf welche Zeit sie sich zu erstrecken haben, das sei Sache eines freundschaftlichen Einvernehmens zwischen Gläubigern und Schuldnern. „Daily Telegraph“ liegt aus Brünings Erklärung heraus, daß Deutschland nicht bezahlen wolle. Das Blatt wendet sich dann scharf gegen die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„News Chronicle“ sagt, der Youngplan sei tot. In Lausanne müsse man sich nun mit Wirklichkeiten befassen. Jeder vernünftige Mensch wisse, daß Tributzahlungen nach dem Youngplan nie wieder in Frage kommen könnten. Eine bedingungslose Vereinigung Englands mit Frankreich zu einer vereinigten Front der Gläubigermächte sei unmöglich. Der „Daily Express“ begrüßt die Brüning-Erklärung und betont, daß die Rückzahlung der kurzfristigen Kredite in keiner Weise davon berührt werde. Die „Daily Mail“ erklärt, es sei die nackte Wahrheit, daß Deutschland gegenwärtig nicht bezahlen könne.

Der „Daily Herald“ ist mit der Erklärung Brünings vollkommen einverstanden und scheidet die Unterstützung der englischen Arbeiterpartei bei allen Versuchen der Streichung der Schulden zu. Das Blatt erkennt an, daß Deutschland bereits mehr an Frankreich bezahlt habe, als die Kriegsschäden ausmachten.

Englische Kabinettsitzung über die Erklärung Brünings.

London, 11. Januar. Die Erklärung des englischen Ministerpräsidenten MacDonald über die Reparationsfrage am Sonntagabend erfolgte nach einer Besprechung mit dem Außenminister und dem Schatzkanzler. Die Erklärung Brünings wird auf der Sitzung des Kabinetts, die am heutigen Montag stattfindet und sich zunächst nur mit der Burma-Konferenz befassen sollte, im Hinblick auf die möglichen Rückwirkungen auf die Lausanner Konferenz besprochen werden.

Beruhigung in Frankreich.

Berlin, 11. Januar. An zuständiger Berliner Stelle stellt man fest, daß das Interdium des Reichskanzlers, in dem er die Tributunfähigkeit Deutschlands, gestützt auf die objektiven Feststellungen des Baseler Gutachtens auseinandersetzte und in dem er die Schlussfolgerungen aus diesem Baseler Gutachten zog, abgesehen von Frankreich, im allgemeinen mit Ruhe und im ganzen zustimmend aufgenommen worden ist. Auch in Frankreich habe sich die erste Erregung wieder gelegt. Die ursprünglich erwartete Drohung, daß Frankreich nicht zur Lausanner Konferenz erscheinen werde, wird nicht wahrgemacht. Bemerkenswert ist eine Havas-Erklärung, wonach sich die französische Regierung die Stellungnahme vorbehält (die Entscheidung hierüber soll am Dienstag fallen), aber gleichzeitig feststellt, daß Frankreich in Lausanne erscheinen werde. Auch die Pläne, das Haager

Aufregung in der Pariser Sonntagspresse.

Drohungen gegen Deutschland — Verärgerung über England.

Paris, 10. Januar. Die Pariser Sonntagspresse bezeichnet die Erklärung des Reichskanzlers zur Tributfrage fast übereinstimmend als einen deutschen Schachzug gegen die britisch-französische Zusammenarbeit. Einige Blätter verzeichnen das Gerücht, daß der Vertreter des britischen Schachamtes Leitch Ross aus London neue Andeutungen erhalten habe, die einen englischen Rückzug bedeuteten, und die bereits an Frankreich gemachten Zugeständnisse aufheben.

Bertinax bezeichnet den deutschen Schritt als eine der traurigsten Folgen der Rheinlandräumung. Man habe in Frankreich stets gefürchtet, daß die Entfernung der ausländischen Truppen den deutschen Schuldner die Möglichkeit geben werde, ihr Wort zu brechen. In fünf Monate nach der Räumung habe die Weltkrise dem Reich den gewünschten Anlaß geboten. Man habe vergessen, daß das deutsche Volk sich nur der Gewalt beuge und stets nur gezwungenermaßen gezahlt habe. Schließlich wirft Bertinax die Frage auf, was man angesichts der deutschen Weigerung tun solle. Wer von einem großzügigen französischen Verzicht rede, könne die Deutschen nicht, die jede Nachgiebigkeit als Schwäche auffassen würden. Am schlimmsten wäre es, wenn Frankreich den Willen verlieren sollte, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Tribute zu erzwängen. Finanzminister Landin habe in seiner Antwort an Brüning erklärt, daß die französische Regierung nicht nach Lausanne gehen werde, wenn Deutschland auf dem Beschluß, nicht mehr zu zahlen, beharre. Wenn dem so sei, könne Frankreich sich mit einer Klage an den Haager Gerichtshof wenden. Man wisse jedoch nicht, ob der Haager Gerichtshof so ohne weiteres Recht geben werde.

Der „Temps“ hebt seinerseits hervor, daß die Reichsregierung den Bestimmungen des Youngplanes und des verfallenen Vertrages ein Ende bereiten wolle. Das sei die einzige logische Auslegung, die man den Worten des Reichskanzlers geben könne. Für den deutschen Schritt gäbe es nicht die geringste Entschuldigung und ebenso gäbe es keinen einzigen antwärtigen Menschen, der einer beratung einseitigen Kündigung freiwillig übernommener Verpflichtungen zustimmen könne. Wie man die Dinge auch ansehe, müsse man zu dem Schluß gelangen, daß die Forderung auf Befreiung der Tributpflicht einen brutalen Vorstoß gegen den Youngplan und gleichzeitig einen Akt des bösen Willens darstelle. Deutschland wolle die internationale Ordnung durchbrechen, jedes Vertrauen töten und sich in die Rolle eines politischen Partners begeben, für den internationale Verträge nur einen leeren Papier bedeuten.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.

„Revue“ sagt, die Idee der Anrufung des Haager Gerichtshofes und gegen etwaige Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland, die keinen Erfolg haben würden.